

Kommunen und Eine Welt

Norbert Stamm

Spätestens mit dem zentralen Dokument der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, der Agenda 21, wurde 1992 weltweit anerkannt, dass Kommunen entscheidende Faktoren zum Erreichen global wichtiger Ziele in den Bereichen Umwelt und Entwicklung sind.¹ In der Agenda 21 wurde den Kommunen entsprechend ein eigenes Kapitel als besonders wichtige Akteursgruppe gewidmet. Daraufhin starteten zahlreiche Kommunen in Bayern lokale Agenda 21-Prozesse. Zu ihrer Hochzeit Ende der 90 Jahre liefen in über 650 der 2.127 bayerischen Kommunen Agenda 21-Prozesse.

Auch die 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Agenda 2030 – vollständig „Transformation unserer Welt. Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ – beschlossenen siebzehn „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (Sustainable Development Goals, SDGs) mit insgesamt 169 Unterzielen betonen die besondere Bedeutung von Kommunen. Nur Kommunen haben dort, als einzige Akteursgruppe, ein eigenes Nachhaltigkeitsziel, das SDG 11 „Nachhaltige Städte und Siedlungen – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“. Gemäß der dort festgelegten sieben Unterziele sollen Kommunen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen, bezahlbare Verkehrssysteme anbie-

¹ „28.1 Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, entscheiden über die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften und wirken außerdem an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.“ in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente – Agenda 21, Bonn (o.J.)

ten, Planung inklusiver und partizipatorischer gestalten, Kultur- und Naturerbe stärken, Katastrophen vorbeugen, von ihnen ausgehende Umweltbelastungen reduzieren und Sicherheit im öffentlichen Raum für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen.²

Städte werden hier zunächst als Zielraum und Eigenakteure gesehen und nur vermittelt als Akteure, die auch über ihre Gemeindegrenzen hinaus verantwortlich agieren. Der Aspekt globaler Verantwortung wird bei den von Städten und Gemeinden ausgehenden Umweltbelastungen erwähnt, also z.B. klimaschädigende Gase oder Abfall. Im Unterziel 7 zum SDG 12 „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“ wird ein weiteres Handlungsfeld aufgeführt: eine nachhaltige öffentliche Beschaffung. Mittelbar sind, nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik, jedoch zu rund 100 der insgesamt 169 in den SDG enthaltenen Zielen kommunale Beiträge möglich bzw. erforderlich, nach Einschätzung des Projekts „SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik“ sogar zu etwas mehr als Zweidritteln.³ Bis Mai 2023 hatten 228 deutsche Kommunen mittels einer Musterresolution des Deutschen Städtetages ihre Unterstützung bei der Umsetzung der Agenda 2030-Nachhaltigkeitsziele zugesagt. Dabei gehen sie zum Teil von selbst entwickelten Nachhaltigkeitszielen aus, die sie dann meist als Beitrag zur Umsetzung der SDGs verstehen – so z.B. Augsburg.

Seit über 30 Jahren bildet somit Nachhaltige Entwicklung den Rahmen für Eine Welt-Aktivitäten von Staaten, Bundesländern, Kommunen und Einzelakteuren. Zentrale internationale Abkommen wie die globalen Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (SDGs) der Agenda 2030 fordern auch die Kommunen und ihre Bewohnerschaft. Auch auf kommunaler Ebene müssen Antworten auf grundlegende ethische Herausforderungen gefunden werden.

Seit Mitte der 2010er Jahre wächst das Bewusstsein für kommunale Eine Welt-Verantwortung auch in den kommunalen Spitzenverbänden. In der „Kommunalen Zukunftscharta“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas „Eine Welt – Unsere Verantwortung. Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene“ von Oktober 2014, die

² Vgl. Martens, Jens / Obenland, Wolfgang: Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung, Bonn / Osnabrück 2016

³ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/2020-08-18_SDG-Indikatoren_fuer_kommunale_Entwicklungspolitik_final.pdf – Seite 8.

im Rahmen der Vorbereitung der Agenda 2030 entstanden ist, stellte deren damaliger Präsident Karl-Heinz Schäfer, Bürgermeister von Potsdam, fest: „Entwicklungszusammenarbeit hat aber nicht nur zum Ziel Veränderungen im Süden herbeizuführen, für eine gerechtere Welt sind auch Veränderungen im Norden unabdingbar.“ (Kommunale Zukunftscharta, 3).⁴ Die „Kommunale Zukunftscharta“ unterstreicht entsprechend die globale Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten bei der sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Entwicklung der Städte und Gemeinden. So beschreibt beispielsweise Davide Brocci in seinem Kapitel zur kulturellen Dimension nachhaltiger Entwicklung in Kommunen, dass sich dort viele Anknüpfungspunkte bieten: „...die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen birgt die Möglichkeit des Perspektivenwechsels und Inspiration für bessere Lebensalternativen. In der eigenen Stadt leben oft viele Botschafter anderer gesellschaftlicher, kultureller und ökologischer Realitäten, die uns helfen können, unsere Wahrnehmungshorizonte deutlich zu erweitern und die globalen Auswirkungen unseres Handelns besser zu begreifen.“ (Kommunale Zukunftscharta, S. 16). Das abschließende Kapitel widmet sich explizit globalen Partnerschaften. Sie bieten den beteiligten Kommunen als globale Verantwortungsgemeinschaft die Gelegenheit, ein gemeinsames Verständnis des globalen Gemeinwohls zu entwickeln – auf Augenhöhe.

Seit den 2020er Jahren hat sich die kommunale Eine Welt-Verantwortung somit etabliert, jetzt geht es um die Konkretisierung. 2021 erarbeitete der Arbeitskreis Internationale kommunale Kooperationen und globale Nachhaltigkeit (Ak IKON) des Deutschen Städtetages das Positionspapier „Städte in der Welt – Impulsgeber internationaler Politik“, das anschließend vom Präsidium beschlossen wurde.⁵ Ziel war, die eigene internationale Arbeit besser auszurichten und deren Mehrwert deutlich zu machen. Denn „Städte übernehmen globale Verantwortung. Sie setzen sich für Völkerverständigung, globale Gerechtigkeit, den Schutz und die Integration von Geflüchteten und die Einhaltung von Menschenrechten ein.“ (ebd. S. 5). Internationale städtische Arbeit umfasse dabei „alle Mittel und Maßnahmen im In- und Ausland, welche die jeweilige Stadt ergreift, um sich im Hinblick auf globale Verflechtungen aktiv zu positionieren und sozial, wirtschaftlich und ökologisch zu steuern.“ (ebd. S. 6). Eines der wesentlichen Handlungs-

⁴ Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion: Kommunale Zukunftscharta. Eine Welt – Unsere Verantwortung. Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene, Köln 2014: <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/europa/071467/index.html>.

⁵ <https://www.staedtetag.de/positionen/positionspapiere/2021/staedte-in-der-welt>.

felder sei kommunale Entwicklungspolitik. Sie wird im Positionspapier wie folgt definiert: „Als „Kommunale Entwicklungspolitik“ (KEPol) werden alle Mittel und Maßnahmen der Kommunen verstanden, die die global nachhaltige Entwicklung in der eigenen sowie in Partnerkommunen im Globalen Süden fördern. Diese Förderung kann direkter (zum Beispiel faire Beschaffung) oder indirekter (zum Beispiel entwicklungspolitische Bildungsarbeit) Art sein. Teil der KEPol ist die „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ (KEZ). Diese umfasst Projekte, die Nord- und Südkommunen gemeinsam umsetzen, um die nachhaltige Entwicklung in der Südkommune zu fördern. Beispiele sind Klimapartnerschaften, gemeinsame Projekte zur Verbesserung der lokalen Daseinsvorsorge oder die Förderung von Schulbauprojekten“ (ebd. S. 14).

Auch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen betonen immer wieder die gemeinsame entwicklungspolitische Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Beim jüngsten Beschluss vom 10. Juni 2021 heben die Ministerpräsident:innen das Engagement der Kommunen u.a. in den Bereichen Fairer Handel, nachhaltige Beschaffung und Partnerschaften hervor.

Der Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung für nachhaltige Entwicklung unterstreicht ebenfalls in seinem Beschluss „Kommunen als zentrale Akteure für eine nachhaltige Entwicklung“ vom 14. Juni 2021 die zentrale Rolle der Gemeinden, Städte, Landkreise und höheren Kommunalverbände für die Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen („Sustainable Development Goals“, SDGs). Er regt u.a. die Einführung einer systematischen, zielführenden und in Form und Umfang verhältnismäßigen Nachhaltigkeitsberichterstattung auf kommunaler Ebene an. Zudem hebt auch er die Bedeutung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zur Erreichung einer klimaneutralen Verwaltung hervor.

In der „Kölner Erklärung“ anlässlich der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages von Mai 2023 bekennen sich die deutschen Kommunen zu globaler Verantwortung: „Entscheidungen vor Ort wirken schon längst nicht mehr nur lokal. Wir alle tragen Verantwortung für unseren Planeten und ein friedliches Zusammenleben. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Leipzig Charta 2.0 sind dabei Richtschnur und Verpflichtung. (...) Die Städte leben Völkerverständigung und globale Solidarität vor.“⁶

⁶ www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2023/2023-koelner-erklaerung.pdf, S.4

Was ist eine Kommune?

Die in Kommunen lebenden und handelnden Personen können in drei wichtige Akteursgruppen aufgeteilt werden, die entsprechend unterschiedliche Rollen und Rechte besitzen. Zum einen sind dies Politiker:innen und Verwaltungsmitarbeitende, zum anderen zivilgesellschaftliche und als Dritte Wirtschaftsakteure. Jede Gruppe hat eigene Logiken und ist eigenständig organisiert. Sie zusammen bilden sie die Stadt oder Gemeinde. Entscheidend ist Kooperation auf Augenhöhe.

Rechtlich gesehen ist eine Stadt, eine Gemeinde zunächst einmal ein bestimmter geographischer Teil der Welt, der als „Gebietskörperschaft“ eine eigene juristische Person bildet. Dieser geographischen Einheit werden bestimmte Aufgaben innerhalb des Staates zugesprochen, etwa in der Bayerischen Gemeindeordnung, hier vor allem in Art. 57.⁷ Den Kommunen obliegt dabei das Recht auf Selbstorganisation und kommunale Selbstverantwortung bei der Regelung der örtlichen Angelegenheiten. So haben sie z.B. die Möglichkeit, lokale Eine Welt-Bildungsarbeit zu fördern, bei Beschaffungsfragen soziale Standards verstärkt zu berücksichtigen oder etwa Nachhaltigkeitsbüros oder KEPol-Manager:innen-Stellen einzurichten.

Ein vom BMZ finanziertes und von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt durchgeführtes Förderprogramm fördert kommunale entwicklungspolitische Strukturen. Hier können Kommunen seit 2016 Stellen zur „Koordination Kommunaler Entwicklungspolitik“ gefördert bekommen. Schwerpunkte sind vielerorts nachhaltige Beschaffung, daneben je unterschiedlich Bewusstseinsbildung, kommunale Partnerschaftsarbeit (z.B. mit Tunesien, Nicaragua oder Palästina), Verknüpfung von Flucht und Entwicklung, d.h. Projektpartnerschaften mit Kommunen in Aufnahme- und Ursprungsregionen von Flüchtlingsbewegungen (z.B. Libanon und Jordanien), die Etablierung von Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe, die Erstellung eines entwicklungspolitischen Leitbilds, die Verbreitung der SDGs

⁷ Art 57: Aufgaben des eigenen Wirkungskreises: (1) 1 im eigenen Wirkungskreis sollen die Gemeinden in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen schaffen und erhalten, die nach den örtlichen Verhältnissen für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl und die Förderung des Gemeinschaftslebens ihrer Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Feuersicherheit, der öffentlichen Reinlichkeit, des öffentlichen Verkehrs, der Gesundheit, der öffentlichen Wohlfahrtspflege einschließlich der Jugendhilfe, des öffentlichen Unterrichts und der Erwachsenenbildung, der Jugendertüchtigung, des Breitensports und der Kultur- und Archivpflege; hierbei sind die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu berücksichtigen.

in der Stadtverwaltung sowie auch das Sichtbarmachen, Vernetzen und Stärken zivilgesellschaftlichen Engagements – obwohl letzteres nicht zu den im Programm ausgeschriebenen Schwerpunkten gehört und seitens der Zivilgesellschaft auch sehr kritisch gesehen wird.

Viele Jahre gab es eine grundsätzliche Diskussion, wie stark Kommunen sich auch in kommunalen Partnerschaften engagieren dürfen. Im Mittelpunkt standen die Konkurrenz zu anderen staatlichen Ebenen (Bund, Länder) sowie haushaltsrechtliche Fragen. Inzwischen wird die Einbeziehung der Kommunen in den staatlichen Mehrebenenansatz (Bund, Länder, Kommunen) als notwendig angesehen.⁸ Auch die grundsätzlich ablehnende Haltung vieler Innenministerien der Länder (als kommunaler Aufsichtsbehörden) hat sich gelockert. Der Einsatz kommunaler Finanzmittel ist hingegen nach wie vor schwierig.

Über den rechtlichen Rahmen hinaus ist ein interessanter Wandel des kommunalen Leitbilds zu beobachten. Neben der historischen hoheitlichen Funktion wurde seit den 70er Jahren das Bild der Kommune als Dienstleister für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen propagiert und etabliert. In den letzten Jahren kam als weitere Grundorientierung das Leitbild der Bürgerkommune hinzu; hier steht die Kooperation zwischen Politik und Verwaltung auf der einen Seite und aktiver bzw. zu aktivierender Bürgerschaft und weiteren institutionellen und unternehmerischen Akteuren im Vordergrund. Auch bestehendes Eine Welt-Engagement profitiert von diesem kooperativen Selbstverständnis. Wie eingangs erläutert, wächst die Einbeziehung von Kommunen in die Lösung globaler Fragestellungen, meist unter der Überschrift der „vertikalen Vernetzung“ zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Kommunale Handlungsfelder

Was an lokalem Handeln hat keine internationalen Auswirkungen? Und welche internationalen Ereignisse haben keine lokalen Folgen? Die Welt ist enger zusammengerückt, nur wenige Infoklicks oder Flugstunden entfernt. Als Teil des globalen Ganzen hat eine Kommune mit dem, was sich weltweit ereignet, in vielfältigster Weise zu tun. Dies können ökologische, so-

⁸ Siehe Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit vom 7.6.2010 zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24.10.2008 zur Kommunalen Entwicklungspolitik.

ziale, wirtschaftliche und kulturelle Fragen sein – Umweltauswirkungen wie überhöhte CO₂-Emissionen und Vernichtung von Artenvielfalt, soziale Fragen wie Teilhabe und Flüchtlingsaufnahme, wirtschaftliche Entscheidungen in den Bereichen Standortförderung und Beschaffung sowie kulturelle Fragen historischer Verbindungen, gemeinsamer Werte wie Menschenrechte und Solidarität oder über die Ausgestaltung des Zusammenlebens.

Bayern weist 2.127 selbständige Kommunen aus – von kleinen Dörfern bis zu den Metropolen München, Nürnberg und Augsburg (laut Landesentwicklungsprogramm Bayern), einschließlich der Landkreise. Entsprechend groß ist die Vielfalt der kommunalen Aktivitäten im Bereich Eine Welt.

a) Leitbilder und Entwicklungsstrategien

Um eine ganzheitliche, von vielen getragene und wirksame Weiterentwicklung der Kommune Richtung globaler Verantwortung zu erreichen, muss globales Denken Bestandteil oder sogar Kern grundlegender Leitbilder und Entwicklungsstrategien sein. Seit dem Aufruf von Rio, kommunale Nachhaltigkeitsprogramme, sogenannte Lokale Agenden 21, zu erarbeiten, haben eine Vielzahl von Kommunen solche Nachhaltigkeitsleitbilder und –konzepte entwickelt, die sich in Inhalten, der Breite, aber auch ihrer Wirksamkeit stark unterscheiden.

Auch wenn durch die Aufstellung von Zielen kaum schnelle Veränderungen erzielt werden, verschaffen diese doch gerade dem global verantwortlichen Denken, das im Alltag oft nicht im Blick ist, einen festen Platz und damit einen Wert in der kommunalen Entwicklung. Eine wesentliche Orientierung bieten die von den Vereinten Nationen im September 2015 beschlossenen 17 Sustainable Development Goals (SDGs) als die weltweiten Nachhaltigkeitsziele mit ihren insgesamt 169 Unterzielen.

Die Stadt Augsburg hat im Juli 2015 eigene Zukunftsleitlinien als Grundlagen ihrer Entwicklung beschlossen. Dieses Leitbild steht explizit unter der Anforderung einer nachhaltigen Entwicklung und umfasst ökologische, soziale, wirtschaftliche und erstmals auch kulturelle Leitlinien. Teil der Zukunftsleitlinien sind auch globale Handlungsfelder wie Klimaschutz, Solidarität, soziales und ökologisches Wirtschaften, Berücksichtigung weltweiter Auswirkungen, internationale Zusammenarbeit sowie nachhaltige Konsum- und Lebensstile. Erarbeitet wurden Zukunftsleitlinien für Augsburg erstmals 1998 im Rahmen des 1996 gestarteten Agenda 21-Prozesses, der

Akteure der ganzen Stadtgesellschaft (Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und Wirtschaft) umfasst. Die „Zukunftsleitlinien für Augsburg“ sind die zweite Stufe eines komplexen Augsburger Nachhaltigkeitsleitbilds – davor hatte es bereits seit 2004 das „Handlungsprogramm Nachhaltigkeit“ gegeben.⁹ Der grundlegende Anstoß zu diesem Prozess kam 1996 aus dem Eine Welt-Bereich, was zeigt: Globales Denken kann Treiber sein für lokale zukunftsfähige Entwicklung. Mit Hilfe einer Nachhaltigkeitseinschätzung von Beschlussvorlagen des Stadtrats wird seit 2017 versucht, die grundlegenden, auch weltverantwortlichen Ziele der Zukunftsleitlinien kontinuierlich in Beschlüssen des Stadtrats zu berücksichtigen.

Nach wie vor gilt: Leitbilder und Entwicklungsstrategien sind Teil von Lern- und Bildungsprozessen und benötigen deshalb viel Zeit, bis deutliche Veränderungen erreicht werden.

b) Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten

In jeder Kommune engagieren sich Menschen für eine gerechte Welt. Indem Kommunen die Selbstorganisation und Vernetzung dieses Eine Welt-Engagements unterstützen, können sie es wesentlich stärken. Am häufigsten benötigen bürgerschaftliche Initiativen Räumlichkeiten und Finanzmittel für Personal und Projekte. Hier hat die Landeshauptstadt München mit der Förderung des Nord-Süd-Forums München (Gründung 1989) und des 1988 gegründeten Dritte Welt Cafés und der späteren Einrichtung des Eine Welt-Hauses München (2001), gefördert aus Mitteln des Kulturreferats, Maßstäbe gesetzt. Im Rahmen des Münchner Agendaprozesses wurde zudem eine Arbeitsstelle Agenda 21 Eine Welt eingerichtet, die mittlerweile als Fachstelle Eine Welt im Referat für Umwelt und Klimaschutz firmiert. Die kontinuierliche Kooperation mit engagierten und fachlich kompetenten Akteuren zahlte sich aus: auf Grundlage langjähriger zivilgesellschaftlicher Vorarbeit tätigte der Münchner Stadtrat 2002 den deutschlandweit wegweisenden Beschluss, bei der städtischen Beschaffung Produkte, die unter Ausnutzung ausbeuterischer Kinderarbeit irgendwo auf der Welt hergestellt wurden, auszuschließen.

Zivilgesellschaftliches Engagement kann im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nicht von Kommunen gesteuert, sondern nur unterstützt und gefördert werden – auch hier mit dem Ziel einer Kooperation auf Augenhöhe, bei der

⁹ Die „Zukunftsleitlinien für Augsburg“ werden alle sechs Jahre weiterentwickelt, zuletzt 2021 – siehe <https://www.nachhaltigkeit.augsburg.de/zukunftsleitlinien/weiterentwicklung-2021>

jede Seite ihre spezifischen Stärken einbringt. Hilfreiche Unterstützungsangebote sind z.B. auch die Benennung von Ansprechpersonen in der Verwaltung, die Würdigung auch des Eine Welt-Engagements im Rahmen von Ehrungen sowie die Unterstützung bei Veranstaltungen und bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.¹⁰

c) Unterstützung Globalen Lernens

Beispielhaft intensiv setzt die Große Kreisstadt Neumarkt in der Oberpfalz (39.000 Einwohner:innen) auf Eine Welt-Bildung. Im Rahmen ihres Nachhaltigkeits- und Entwicklungsprozesses fördert sie schon seit Jahren bestehendes Eine Welt-Engagement. 2011 startete sie ein eigenes Förderprogramm „Nachhaltigkeit neu lernen – Impulse durch Mikroprojekte“ für Bildungsprojekte von Vereinen, Initiativen und Schulen. Außerdem stellte die Stadt dem Eine Welt Laden den ersten Stock des alten Feuerwehrhauses für dessen „Lernzirkel“ zur Verfügung, einen von Schulen sehr gut angenommen außerschulischen Lernort. Erfolgreich ließ sich Neumarkt regelmäßig als Stadt der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014 zertifizieren. 2016 wurde sie erneut als „Lernort für Nachhaltigkeit“ ausgezeichnet. 2021 schließlich startete sie ein entsprechendes Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Immer wieder beteiligt sich die Stadt Neumarkt auch an bundes- und landesweiten Wettbewerben – auch eine Methode, den globalen Blick zu vertiefen, sich stetig weiterzuentwickeln und nach innen wie nach außen Profil als moderne, verantwortungsbewusste Kommune zu zeigen. So erfüllte Neumarkt 2009 als erste Stadt in Bayern die Kriterien einer Fairtrade-Stadt, erhielt 2012 gleich den damals erstmals ausgeschriebenen Deutschen Nachhaltigkeitspreis in der Kategorie „Mittelstädte“ und 2014 den Bayerischen Eine Welt-Preis. Auch beim Wettbewerb „Hauptstadt Fairer Handel“ war Neumarkt 2011 mit einem vierten Preis, 2013 mit einem zweiten, 2015 mit einem dritten, 2017 wiederum mit einem zweiten Preis und schließlich 2019 mit dem 1. Platz erfolgreich – so kontinuierlich wie keine andere deutsche Kommune.¹¹

¹⁰ Viele hilfreiche Hinweise zu diesem wie auch den weiteren Handlungsfeldern finden sich in der 5. Auflage der Broschüre „Kommunen-EineWelt. Handreichung für kommunale Eine Welt-Arbeit in Bayern“, hg. vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. 2021. Download unter www.kommunen-einewelt.de.

¹¹ <https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-hauptstadt-des-fairen-handels.html>.

Ein wichtiges kommunales Handlungsfeld sind Kindertagesstätten¹² und Schulen, denn internationale Schulpartnerschaften und Schülerkontakte sind hervorragende Instrumente, um globales Denken und verantwortliches Handeln zu lernen. Auch kommunal geförderte Bildungsträger wie Volkshochschulen oder Kreisbildungswerke können Menschen die Konsequenzen ihres Handelns in anderen Weltregionen aufzeigen und Möglichkeiten bieten, Solidarität zu lernen. Wichtige Bildungsakteure können dabei auch, wie oben schon dargestellt, Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sein.

Die bedeutende Rolle der Kommunen beim Globalen Lernen betont auch die UNESCO: bei der Umsetzung des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2015 – 2019“ zählte die „Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene“ zu einer der fünf Prioritäten. In Deutschland übernimmt die Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung die Umsetzung des Weltaktionsprogramms.¹³ In der Nationalen Plattform sind u.a. der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) aktiv. Eines der sechs Fachforen ist auf Kommunen ausgerichtet. Dort arbeiten u.a. auch Vertreter der Städte Nürnberg und München mit.

Im Juni 2017 verabschiedete die deutsche Nationale Plattform den Nationalen Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (NAP BNE). Er betont die Bedeutung von BNE als Standortfaktor für Kommunen, dass Kompetenzentwicklung in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung stattfinden muss, wie wichtig Anreize, Verstetigung, Vernetzung und Partizipation sind und das Ziel, dass Kommunen BNE in ihrer Entwicklungsstrategie fest verankern und z.B. eigene BNE-Aktionspläne ausarbeiten.

In diesem Kontext wurden Bildungsinitiativen und -institutionen als herausragende Lernorte für Nachhaltigkeit ausgezeichnet, darunter neben der Stadt Neumarkt und dem Eine Welt Laden Neumarkt auch die Werkstatt Solidarische Welt in Augsburg und das Nord-Süd-Forum München. Seit 2022 verleiht die Deutsche UNESCO-Kommission zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung jährlich den Nationalen Preis Bildung für nachhaltige Entwicklung.

¹² Siehe das Projekt „Eine Welt-Kita: fair und global“ www.eineweltkita.de.

¹³ www.bne-portal.de/de/nationaler-aktionsplan

d) Wirtschaftliche Handlungsfelder

Kommunen sind auch bedeutende Wirtschaftsakteure. Sie gestalten die lokale Wirtschaft entscheidend mit, z.B. im Rahmen von Schwerpunktsetzungen, Standortwerbung und touristischen Profilen, durch die Förderungen z.B. bestimmter Sozialunternehmen, innovativer Wirtschaftsformen wie Sharing-Initiativen, durch die Vergabe von Auszeichnungen oder die Förderung nachhaltigen Konsums mittels regionaler oder fairer Produkte. Auch ihre Kontakte zu großen Unternehmen können Kommunen nutzen, um für das Thema globaler Verantwortung zu werben. Schließlich sollte ebenso die Anlage kommunaler Finanzmittel nach ökologischen und sozialen Kriterien erfolgen und entsprechender Einfluss durch die kommunalen Verwaltungsrät:innen auf kommunale Finanzinstitute wie Sparkassen ausgeübt werden.

Nachhaltige Beschaffung

Einen direkten Hebel bildet die eigene kommunale Beschaffung, geben deutsche Kommunen jährlich weit mehr als 100 Mrd. Euro aus. Immer mehr Kommunen fassen einen Grundsatzbeschluss gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterische Kinderarbeit oder fordern alle acht ILO-Kernarbeitsnormen ein. Ging der bundesweit erste Beschluss 2002 von der Stadt München aus, haben inzwischen bundesweit 308 Kommunen und Bundesländer und bayernweit 76 Städte und Gemeinden den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit explizit ausgeschlossen.¹⁴ Zwischenzeitlich erweitern immer mehr Kommunen diesen Beschluss auf alle acht ILO-Kernarbeitsnormen, wodurch auch Vereinigungsfreiheit sowie die Freiheit von Zwangsarbeit und Diskriminierung zu Kriterien werden.

Die rechtlichen Möglichkeiten, bei Ausschreibungen Sozial- und Umweltstandards einzufordern, verbessern sich stetig. Das deutsche Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wurde auf Grund von EU-Richtlinien entsprechend angepasst. Besonders einfach ist seitdem die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien in Ausschreibungen, wenn es sich um Produkte handelt, für die entsprechende extern zertifizierte Sozial- oder Umweltlabel bestehen, deren Inhalte dann in der Ausschreibung eingefordert werden können. Herstellererklärungen sind dagegen wesentlich schwerer auf ihre Aussagekraft hin zu überprüfen. Da immer noch spezielleres Fachwissen vonnöten ist, haben einige Kommunen Arbeitsgruppen zum

¹⁴ Entsprechende Musterbeschlüsse siehe www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de.

Thema nachhaltige Beschaffung gebildet, die aus Vergabe- und Nachhaltigkeitsexpert:innen bestehen und mancherorts auch das Fachwissen zivilgesellschaftlicher Eine Welt-Akteur:innen einbeziehen. Die Anzahl von Produkten, für die belastbare Zertifizierungen vorliegen, wächst leider nur langsam.

Relevante Produktgruppen für kommunale Beschaffung bzw. Vorschriften sind Natursteine sowohl im Bau- wie auch im Gestaltungsbereich, Spielzeug, Sportbälle, Computer- und Informationstechnik, Werbematerialien sowie Textilien insbesondere Berufsbekleidung. Auch Lebensmittel sind ein wichtiges Handlungsfeld, unterhalten bzw. unterstützen Kommunen doch unmittelbar oder mittelbar (als Beteiligungen) Kitas, Schulen und Kantinen bzw. vergeben sie mittels Ausschreibungen. Hier bieten sich bio-regional-faire Kriterien an. Auch bei der Vergabe von Zuschüssen an Vereine und Institutionen kann die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards eingefordert werden. Sichtbares Engagement für nachhaltiges Wirtschaften kann und sollte beim Veranstaltungscatering, bei Geschenken und Werbemitteln gezeigt werden. Sehr erfolgreich sind hier Stadtschokoladen und Städtekaffees (siehe Beitrag „Fairer Handel in Bayern“).

Förderung des Fairen Handels

Konnten bei der eigenen Beschaffung schon durch den Kauf fair gehandelter Produkte entsprechende Akzente gesetzt werden, kann auch der faire Handel insgesamt kommunal gefördert werden. Dies kann über die Bezuschussung von Informationsmaterial erfolgen (z.B. fairer Einkaufsführer), über Werbung im öffentlichen Raum oder persönliches Engagement politischer Vertreter:innen hinter der Ladentheke oder bei Aktionen.

Seit Anfang 2009 können sich Kommunen in Deutschland als „Fairtrade-Städte“ bzw. „Fairtrade-Gemeinden“ auszeichnen lassen. Erste Kommune in Bayern war noch im selben Jahr Neumarkt in der Oberpfalz; inzwischen tragen rund 240 bayerische Kommunen diesen Titel. Dieser Ansatz hat den Vorteil, dass über die Einrichtungen der Kommune hinaus noch Akteure des Einzelhandels, Bildungseinrichtungen („Fairtrade-Schulen, Fairtrade-Universities“), Vereine, Kirchengemeinden und Medien mit eingebunden werden.

Größeren Erfolg verspricht auch, wenn der Fair Handels-Gedanke mit regionaler Herkunft und ökologischem Anbau zusammengebunden wird. So organisiert beispielsweise die Stadt Sonthofen seit 2010 jährlich im Früh-

jahr einen bio-regional-fairen Markt und unterstützt neben Genossenschaften in Ländern des Südens auch heimische Milchbauern.

e) kommunale Partnerschaften

Offizielle Partnerschaften mit Kommunen in Afrika, Asien, Osteuropa und Mittel- und Südamerika sind in Bayern eher selten. Das Portal Bayern Eine Welt (bayernweit-einewelt.de) verzeichnet aktuell über 30 kommunale Partnerschaften bayerischer Kommunen mit Städten in Äthiopien, Burkina Faso, China, Ghana, Indien, Mazedonien, Nicaragua, Peru, Simbabwe, Tansania, Togo, Tunesien und der Ukraine.

Die Auswahl der Partnerstädte erfolgte aus unterschiedlichen Gründen: manche bauen auf Solidaritätsgedanken der Zivilgesellschaft auf, andere haben wirtschaftspolitische Hintergründe. In letzter Zeit zeigt sich das Potenzial der offiziellen regionalen Beziehungen des Freistaats Bayern, kommunale Partnerschaften zu erleichtern. So besteht eine Partnerschaft der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz mit Drakenstein in Western Cape, Südafrika, die vor allem Klimaschutz zum Gegenstand hat.

Qualität und Intensität dieser kommunalen Partnerschaften sind sehr unterschiedlich. Bei erfolgreichen Kommunen zeigt sich, wie wichtig engagierte Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft oder Politik und Verwaltung sind, die die Partnerschaften wollen und leben. Dies können Eine Welt-Vereine und Initiativen, Schulen, Kirchengemeinden, Politiker:innen, Verwaltungsmitarbeitende oder auch Unternehmen sein.

Auch individuelle Partnerschaftsformen wie die Städtesolidarität Aschaffenburgs mit Villavicencio in Kolumbien, die Partnerschaft Münchens mit dem Volk der Ashaninka im peruanischen Regenwald oder die Projektpartnerschaft Augsburgs mit Ar Ramtha in Jordanien mit den Schwerpunkten Abfallwirtschaft und Flüchtlingsintegration haben sich als gute Instrumente erwiesen, um Schwierigkeiten und Vorteile globaler Zusammenhänge konkret und langfristig kennenzulernen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Sollte es zu offiziellen Städtepartnerschaften nicht „reichen“, sind diese Formen eine Alternative. Später können daraus durchaus auch offizielle Städtepartnerschaften entstehen.

Ziel kommunaler Partnerschaften ist es, auf Augenhöhe miteinander umzugehen. Es geht nicht länger darum, Geld, Material oder Knowhow in eine Richtung zu transportieren, sondern voneinander zu lernen und gemeinsam

neue Ideen und neue Lösungen zu finden und umzusetzen. Darum bemühen sich z.B. erfolgreich die Partnerschaften der Gemeinde Herrsching am Ammersee mit Chatra in Westbengalen / Indien und der Landeshauptstadt München mit Harare, der Hauptstadt Simbabwe (siehe Handreichung „Kommunen und Eine Welt“, S. 50ff.)

f) Mitgestaltung staatlicher Aufgaben

Kommunen sind die Basis unseres Staates. Dies zeigt sich seit Jahren vor allem bei der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung: zwar sind die Bundesländer zuständig, aber ohne Kommunen können sie nicht agieren. Und schon mit der Erstaufnahme beginnt die große kommunale Aufgabe, das gesellschaftliche Miteinander im Horizont von Integration und Vielfalt zu organisieren. Aber auch bilaterale Entwicklungszusammenarbeit braucht kommunales Knowhow – sei es in Verwaltungsfragen, bei der Organisation lokaler Infrastrukturen oder bei entwicklungspolitischer Bewusstseinsbildung.

In den letzten Jahren ist Klimaschutz als zentrale staatliche Aufgabe hinzugekommen, vor allem seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021. Auch viele Kommunen haben sich dieser globalen Aufgabe angenommen. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung haben zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure – aus der klassischen Eine Welt-Arbeit, vor allem aber auch aus der jungen Zivilgesellschaft. Dabei ist das Motiv der Klimagerechtigkeit handlungsleitend: der Norden muss seine historische und auch noch gegenwärtige Treibhausgasbelastung zurückfahren, um vor allem den verwundbaren Menschengruppen im globalen Süden ein Weiterleben, Gesundheit und eine Entwicklungsperspektive zu einem guten Leben zu ermöglichen.

Schluss

Viele Menschen, Institutionen und Kommunen in Bayern haben das „Eine Welt-Sein“ begriffen und leben es. Dies zeigt nicht zuletzt der alle zwei Jahre vom Freistaat Bayern zusammen mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern verliehene „Bayerische Eine Welt-Preis“, der eine eigene Kategorie für Kommunen aufweist.¹⁵

¹⁵ Siehe www.eineweltpreis.de

Bei der ersten Ausgabe des „Bayerischen Eine Welt-Preises“ 2012 wählte die Jury aus Vertreter:innen der Kommunalen Spitzenverbände, der Landtagsfraktionen, der Bayerischen Staatskanzlei und des Eine Welt Netzwerks Bayern die Städte Aschaffenburg und Sonthofen aus. 2014 fiel die Wahl der Jury auf Neumarkt in der Oberpfalz. Sonderpreise erhielten die Landeshauptstadt München sowie Langenzenn. 2016 wurden Karlstadt und München ausgezeichnet. 2018 ging der kommunale „Bayerische Eine Welt-Preis“ an Fridolfing, die Stadt Fürth wurde mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. 2020 ging der kommunale Eine Welt-Preis an Ainring und ein Sonderpreis an den Landkreis Donau-Ries. 2022 wurde die Gemeinde Tittmoning mit dem 1. Preis ausgezeichnet.

Nicht die Größe einer Kommune und damit der schiere Umfang der Handlungsmöglichkeiten und die Vielfalt der Stadtgesellschaft scheinen entscheidend zu sein, ob Kommunen sich globaler Partnerschaftsarbeit verschreiben; sondern das Vorhandensein treibender Kräfte, meist aus der Zivilgesellschaft, und Aufgeschlossenheit auf Seiten von Politik und Verwaltung.

Wichtige Herausforderungen an unsere Gesellschaft werden auf kommunaler Ebene angenommen: die Umwelt nicht überzubeanspruchen, Solidarität zu leben und Migrantinnen und Migranten aufzunehmen, Globales Lernen zu ermöglichen, fair zu wirtschaften und nicht zuletzt Partnerschaften mit Kommunen auch in wirtschaftlich schlechter gestellten Weltregionen aufzubauen und zu leben. Die Vielfalt der Akteure, die Vielzahl an Ideen und der große Reichtum an Erfahrungen sind die Stärken der Städte und Gemeinden. Vermutlich ist es nicht zu hoch gegriffen zu behaupten: In der kommunalen Gegenwart entscheidet sich die Zukunft der globalen Welt.